

**Zuvor befasst sich der zuständige Fachausschuss mit dem Thema**

# **Windpark Lange Heide: Rat entscheidet am 14. März**

Von Michael Rabba

Osterholz-Scharmbeck. Jetzt wird es ernst – der politische Fahrplan für die 71. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Ausweisung des Windparks Lange Heide im Ortsteil Heilshorn steht fest. Am Montag, 4. März, wird sich der Ratsausschuss für Planung und Stadtentwicklung in einer öffentlichen Sitzung ab 16 Uhr im Rathaus allein diesem Thema widmen.

Die Sitzungsvorlage dürfte umfangreich ausfallen – rund 70 Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange sowie von Bürgerinnen und Bürgern sind wie berichtet im Rathaus eingegangen und bearbeitet worden.

Am Donnerstag, 14. März, soll dann der Stadtrat in einer Sondersitzung das letzte Wort sprechen, spricht die Änderung beschließen und damit den Weg für weitere Windkraftträder im Gebiet Lange Heide frei machen. Die Ratssitzung im großen Sitzungssaal beginnt um 15 Uhr.

Sowohl der Ausschuss als auch der Rat wird sich dabei auch mit der Frage der maximal zulässigen Höhe der künftigen Windräder beschäftigen. Diese soll in einem städtebaulichen Vertrag mit dem potenziellen Betreiber – die Firma wpd in Bremen – festgeschrieben werden.

Bislang stehen maximal 150 oder 180 Meter hohe Anlagen zur Diskussion. Wie die SPD-Fraktionsspitze jüngst mitteilte, plant wpd jetzt, nicht mehr fünf oder sieben, sondern sechs neue Windräder zu installieren. Egal, ob 150 oder 180 Meter – Folge wäre ein Abstand der Anlagen zur nächsten Wohnbebauung von über 1000 Metern, so Fraktionschef Peter Schnaars. Damit wäre eine Forderung aus dem Kreise der Bürger erfüllt, die den bisherigen Mindestabstand von 800 Metern kritisieren.

Dieser Mindestabstand ist im Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises geregelt – das zugleich rechtsverbindlich die Ausweisung des Windkraft-Vorranggebietes im Bereich Lange Heide vorschreibt.

Bisher hat sich nur die Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen bei der Höhenbegrenzung klar positioniert. Sie tritt "weiterhin für die 180 Meter-Variante ein", betonte die Fraktionsvorsitzende Brigitte Neuner-Krämer in der jüngsten Ratssitzung am vergangenen Donnerstag. Diese Variante biete "die Möglichkeit der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen eines Bürgerkraftwerkes".

Zunächst sollte die Änderung des Flächennutzungsplanes schon im Februar den zuständigen Fachausschuss und abschließend den Stadtrat passieren. Angesichts der zahlreichen Stellungnahmen brauchten die zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung aber mehr Zeit – denn jede Eingabe werde einer umfangreichen und "detaillierten rechtlichen Prüfung" unterzogen, teilt die Stadt mit.